

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am Dienstag, den 13.08.2013 um
17:00 Uhr Landratsamt Beeskow, Breitscheidstr. 7, Haus A, Raum 127

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:11 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 14.05.2013
4. Auswertung der zahnärztlichen Reihenuntersuchung Schuljahr 2012/2013 (53, Frau Sommer)
5. Aufbau eines gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV)
Vorlage: 029/2013
6. Sitzungsplan 2014
Vorlage: 030/2013
7. Tarifliche Entlohnung von Angestellten in den Seniorenheimen des LOS gGmbH gem. § 7 Abs. 3 Gesellschaftervertrag sowie deren Entwicklung
8. Sonstiges

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Balzer begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung fest.

Da nur 4 stimmberechtigte Mitglieder bei der Eröffnung der Sitzung anwesend sind, ist der Ausschuss zu Beginn nicht beschlussfähig.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Aufgrund der Beschlussunfähigkeit, bittet Herr Balzer um die Korrektur der Tagesordnung. TOP 7 – Auswertung der zahnärztlichen Reihenuntersuchung Schuljahr 2012/2013 werde man direkt im Anschluss behandeln.

Die TOP mit den Beschlussvorlagen werde man dann, sowie ein weiteres Mitglied eingetroffen sei, anschließend besprechen.

Herr Balzer führt aus, dass Frau Freund, Geschäftsführerin der Seniorenheime der LOS gGmbH, im Urlaub sei. Somit wird TOP 6 abgesetzt und für die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung vermerkt.

Herr Balzer bittet um die Abstimmung über die korrigierte Tagesordnung.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 14.05.2013

Herr Balzer gibt an, dass ihm und dem Dezernatsbüro keine Änderungswünsche vorlägen und lässt über den TOP abstimmen.

zugestimmt

Zu TOP 4 Auswertung der zahnärztlichen Reihenuntersuchung Schuljahr 2012/2013 (53, Frau Sommer)

Herr Balzer übergibt das Wort an Frau Dipl. med. Gudrun Sommer, Amt 53, Sachgebietsleiterin Zahnärztlicher Dienst.

Sie informiert alle Anwesenden über die Auswertung der zahnärztlichen Reihenuntersuchung der Kita- und Schulkinder im Landkreis Oder-Spree anhand einer Präsentation (Anlage zu TOP 4).

Grundsätzlich sei sie zufrieden mit den Ergebnissen der Auswertungen und führt die Verbesserungen auf die gute Zusammenarbeit mit den Einrichtungen, niedergelassenen Ärzten und vor allem des Engagements der Eltern zurück.

Frau Sommer gibt zu Protokoll, dass bestehende Probleme mit Einrichtungen im Raum Fürstenwalde sowie Storkow analysiert und entsprechend in den Einrichtungen besprochen würden.

Herr Balzer dankt Frau Sommer für ihre Ausführungen und schließt den TOP.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Aufbau eines gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV) Vorlage: 029/2013

Da in der Zwischenzeit ein weiteres Mitglied des Ausschusses eingetroffen und die Sitzung somit beschlussfähig ist, eröffnet Herr Balzer den TOP und übergibt das Wort an Frau Dr. Weser, Dezernentin für Bildung, Gesundheit und Soziales.

Sie weist darauf hin, dass diese Beschlussvorlage als Tischvorlage erfolgt, da im Vorfeld viele zeitaufwendige Absprachen erfolgt seien.

Frau Helminiak, Sozial- und Gesundheitsplanerin, gibt an, dass die Absicht bestehe, im Kreis Märkisch Oderland und Landkreis Oder-Spree für Teile des Versorgungsgebietes einen Gemeindepsychiatrischen Verbund zu gründen. Dabei stehe die Optimierung der Versorgung, Betreuung und Teilhabe für schwer psychisch kranke Menschen im Vordergrund.

Weitere Informationen erfolgen anhand einer Präsentation (Anlage zu TOP 5). Sie weist darauf hin, dass keine weiteren finanziellen Belastungen für den Landkreis Oder-Spree entstünden, da es nur um eine Vernetzung der einzelnen Kosten- und Leistungsträger bei der Versorgung schwer psychisch kranker Menschen ginge.

Frau Helminiak führt aus, dass man sich momentan in den theoretischen Anfängen befände, um das ganze Prozedere in Gang zu bringen, um es in der Praxis umsetzen zu können.

Herr Balzer bedankt sich bei Frau Helminiak für die Ausführungen.

Frau Wagner erkundigt sich nach den weiteren Plänen für die Psychiatrie in Eisenhüttenstadt und äußert ihre Bedenken hinsichtlich des GPV. Sie sieht eine Gefahr darin, dass Patienten an das Klinikum in Rüdersdorf gebunden würden, obwohl in Eisenhüttenstadt und Frankfurt (Oder) ebenfalls eine psychiatrische Klinik vorhanden sei.

Frau Dr. Weser bemerkt, dass die Zahl der psychisch erkrankten Menschen stetig steige und weist darauf hin, dass die Versorgungsverpflichtung für unseren Teil des Landes bei der Immanuel Klinik in Rüdersdorf läge. Durch den GPV könne die Behandlung strukturierter erfolgen. Sie fügt an, dass bereits Gespräche mit den Krankenhäusern Eisenhüttenstadt und Frankfurt (Oder) geführt wurden.

Herr Dr. Hoffmann, Amt 53, Sachgebietsleiter Sozialpsychiatrischer Dienst, führt aus, dass in der Psychiatrie neue Strukturen erforderlich seien. Dazu zähle auch der GPV. Dieser Entwicklung könne man sich nicht verschließen.

Herr Dr. Hoffmann gibt zu Protokoll, dass für den GPV Patienten vorgesehen seien, die in der psychiatrischen Behandlung sehr schwierig seien, ca. 3-10 Patienten im Jahr. Dabei werden Patienten berücksichtigt, die erstmalig auffällig geworden seien.

Er erläutert den Abgeordneten nochmals den Ablauf bei der Patientenaufnahme und verweist darauf, dass somit die Versorgung insgesamt verbessert würde, aber keine weiteren Kosten anfallen, da sich an der Behandlung nichts ändere. Alle Beteiligten wären miteinander vernetzt und könnten so ihre Behandlung besser aufeinander abstimmen.

Frau Dr. Baumann weist zum Schluss darauf hin, dass es sich bei dem GPV um ein verbessertes Entlassungsmanagement handle. Somit sollen die Fehler bzw. Probleme der Vergangenheit bereinigt werden. Der Patient solle dadurch ambulant so betreut werden, dass weitere Hilfe in Form eines Krankenhausaufenthaltes nicht notwendig wäre und der Patient, nach Möglichkeit, wieder ins Erwerbsleben zurückgeführt werden könne.

Herr Balzer bittet um die Abstimmung zu diesem TOP (BV 029/2013).

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 6 Sitzungsplan 2014 Vorlage: 030/2013

Herr Balzer eröffnet den TOP und weist darauf hin, dass man versucht ist, mit dem Jugendhilfeausschuss einen gemeinsamen Termin zu finden (wie in der vergangenen Sitzung besprochen).

Er bittet um die Abstimmung zum TOP.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 7 Tarifliche Entlohnung von Angestellten in den Seniorenheimen des
LOS gGmbH gem. § 7 Abs. 3 Gesellschaftervertrag sowie deren Ent-
wicklung**

Abgesetzt

Zu TOP 8 Sonstiges

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, verabschiedet Herr Balzer alle Anwesenden und wünscht eine angenehme Heimfahrt.

gez.

Frank Balzer
Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales und
Gesundheit

Corinna Kuhley
Schriftführerin